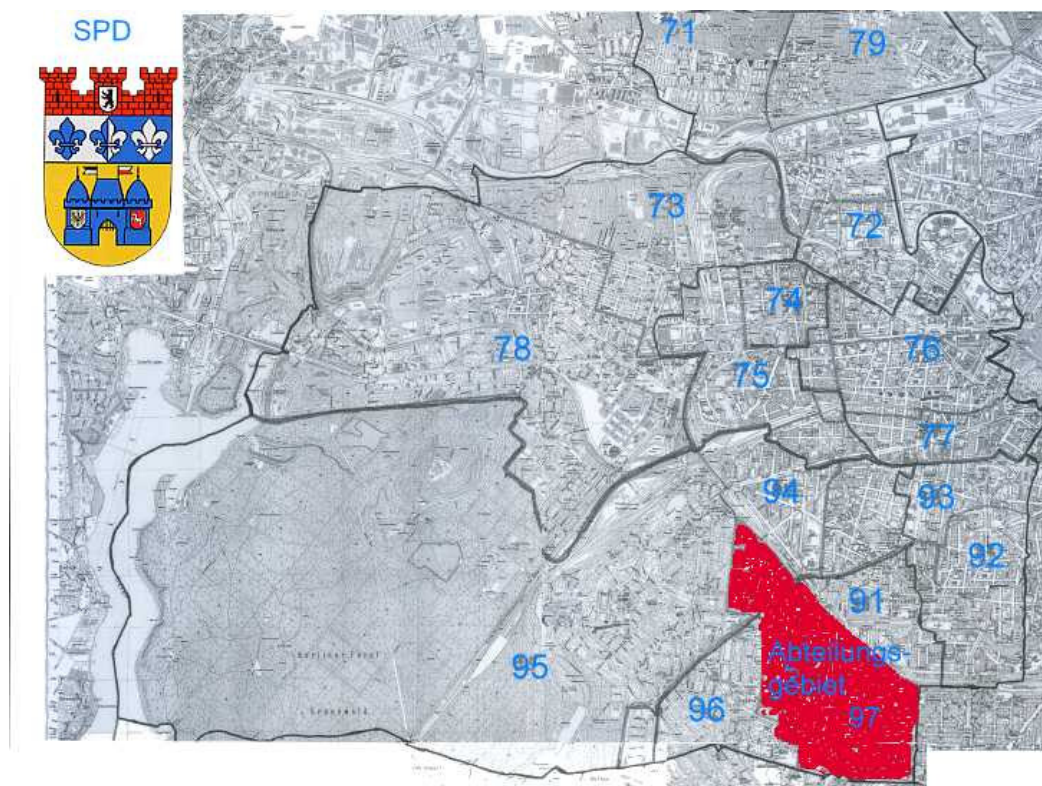


Der Rote Wilmersdorfer Süden

INFORMATIONEN FÜR MITGLIEDER



INHALT:

Auf ein Wort

Bericht von der Mitgliederversammlung am 3. März 2015

Bericht von der Mitgliederversammlung am 14. April 2015

Im Porträt

Eure Meinung ist gefragt !

Termine und Impressum

Auf ein Wort

Liebe Genossinnen und Genossen,

auch diesen RWS kann ich mit einer für die Berliner SPD positiven Bewertung beginnen. Die Partei in Berlin befindet sich nach der Wahl von Michael Müller zum Regierenden Bürgermeister im Aufwind und führt nun deutlich wieder vor der CDU. Michael Müller liegt bei der Bevölkerung nach 100 Tage Regierungsverantwortung an der Spitze der Beliebtheitsskala. Der Senat und das Abgeordnetenhaus haben trotz einiger Widerstände aus der CDU wichtige Beschlüsse gefasst und Maßnahmen eingeleitet. Hierzu gehören die zusätzlichen Investitionen für wichtige Infrastrukturmaßnahmen, aber auch beispielsweise zur Sanierung der zahlreichen maroden Schultoiletten. Den Bezirken soll finanziell und personell geholfen werden. Der nächste Landesparteitag wird dazu auf der Grundlage eines Vorschlages des Landesvorstandes, der die Ergebnisse der Arbeitsgruppe Bezirksfinanzen aufgreift, einen umfassenden Beschluss fassen. Nicht nur das Ergebnis, sondern auch die Würdigung der Arbeit der Arbeitsgruppe ist sehr erfreulich, zumal auch drei Mitglieder unserer Abteilung (Constanze Röder, Udo Rienaß und ich) aktiv daran mitgewirkt haben.

Weniger erfolgreich waren dann leider die Berliner Bemühungen um die Olympiabewerbung, die sicher insgesamt einen Aufschwung für Berlin gebracht hätten. Dennoch wird dies nicht dazu beitragen, in Bewegungslosigkeit zu erstarren. Wir als Berliner SPD werden alles daran setzen, bei den nächsten Abgeordnetenhauswahlen im Jahr 2016 wieder die Regierungsverantwortung im Land, aber auch in unserem Bezirk zu erlangen, um die erfolgreiche Politik fortsetzen und wichtige Maßnahmen einleiten zu können. Hierfür ist es auch erforderlich, geeignete Kandidatinnen und Kandidaten für das Abgeordnetenhaus und für die Bezirksverordnetenversammlung zu finden. Bei den Wahlen zum nächsten Abgeordnetenhaus möchte ich in unserem Wahlkreis als Kandidat das Direktmandat für uns als SPD gewinnen und unsere langjährige Abteilungsvorsitzende Constanze Röder, die auch stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion in der BVV Charlottenburg-Wilmersdorf ist, kandidiert erneut für die Bezirksverordnetenversammlung. Wir suchen aber aus unserer Abteilung weitere interessierte Genossinnen und Genossen, die für die BVV – auch als Nachrücker/in – oder als Bürgerdeputierte kandidieren wollen. Wer Interesse hat, kann sich unmittelbar an mich wenden. Über ein reges Interesse freue ich mich sehr.

In unseren Mitgliederversammlungen greifen wir weiterhin wichtige und aktuelle Themen auf und behandeln diese inhaltlich. Dazu gehört, mindestens halbjährlich wichtige **Bezirksthemen** zu erörtern. Deshalb werden wir am **05. Mai 2015** aktuelle politische Diskussionen in Charlottenburg-Wilmersdorf, darunter die Fragen der Weiternutzung des ICC, der Bebauung der Cornelsenweg-Wiese und des Reemtsma-Geländes, der Neugestaltung des Olivaer Platzes und der Situation im Bürgeramt, aufgreifen.

Bereits für April 2015 hatte ich das erste „**Wirtschaftsfrühstück**“ mit Gewerbetreibenden aus dem Kiez angekündigt, um über die Belange und Probleme der örtlichen Wirtschaft zu diskutieren und gleichzeitig klarzumachen, dass auch diese Themen sozialdemokratische Themen sind. Gegenwärtig verunsichert ein zunehmender Leerstand von Gewerbeflächen rund um den Rüdeshheimer Platz viele Gewerbetreibende. Auf Vorschlag der interessierten Gewerbetreibenden findet diese Veranstaltung nunmehr am 13. Mai 2015 statt.

Am **02. Juni 2015** befassen wir uns in der Abteilung – gemeinsam mit der Abteilung 96 – mit einem weiteren zentralen Thema der Berliner Politik, der **Baupolitik in Berlin**. Ich freue mich daher ganz besonders, dass unser neuer **Stadtentwicklungssenator, Andreas Geisel**,

zugesagt hat, dieses – auch für unser Abteilungsgebiet - so wichtige Thema mit uns zu diskutieren.

Am **08. Mai 2015**, wollen wir mit unserer alljährlich stattfindenden Aktion „**Stolpersteine putzen**“ an das Schicksal der jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger in unserem Abteilungsgebiet erinnern, die im „Dritten Reich“ deportiert und ermordet wurden. Gerade jetzt, das zeigt uns das Beispiel der sachsen-anhaltinischen Kleinstadt Tröglitz, ist es wichtig, daran zu erinnern, was Solidarität und Mitmenschlichkeit für Menschen auf der Flucht vor Verfolgung bedeuten. Dies konnten wir ja auch sehr intensiv in unserer Mitgliederversammlung am 03. März 2015 mit dem Kreisvorsitzenden der AWO-Mitte, Manfred Nowak, diskutieren. Über diese Mitgliederversammlung wird in diesem RWS berichtet.

Nunmehr möchte ich auf zwei abteilungsinterne Punkte hinweisen. Unsere bisherige stellvertretende Abteilungsvorsitzende, Katrin Hagemann, hat nicht nur alle ihre Parteifunktionen auf Abteilungs-, Kreis- und Landesebene aufgegeben, sondern ist auch ohne Angabe von Gründen aus der SPD ausgetreten. Ich bedauere diesen Schritt sehr, aber wir müssen ihn auch respektieren. Angesichts der Tatsache, dass im Januar 2016 die Parteiwahlen anstehen, hat der Abteilungsvorstand auf seiner letzten Sitzung beschlossen, bis zu den Neuwahlen diese Funktion unbesetzt zu lassen. Als Kreisdelegierter rückt Dennis König nach.

Mit dem letzten RWS haben wir damit begonnen, nach Eurer Meinung, Kritik und Anregungen zu fragen. Erfreulicherweise habe ich auch schon eine erste Anregung und Kritik erhalten, für die ich mich im Namen des Abteilungsvorstandes auch ausdrücklich bedanke. Sie ist für mich Anlass, noch einmal auf einige Punkte hinzuweisen. Neben dem „Vorwärts“ für alle SPD-Mitglieder, erhalten die Mitglieder unseres Kreises regelmäßig zweimonatlich den „Charlottenburg-Wilmersdorfer“ (CW) mit allen wichtigen Terminen im Kreis und in den Abteilungen. Die Mitglieder unserer Abteilung erhalten außerdem 4 bis 5 mal im Jahr den „Roten Wilmersdorfer Süden“ (RWS), der über Aktivitäten unserer Abteilung, insbesondere aber auch über die Inhalte unserer Mitgliederversammlungen informiert. Damit sollen vor allem die Genossinnen und Genossen, die aus unterschiedlichen Gründen an den Mitgliederversammlungen nicht aktiv teilnehmen können, über das Abteilungsgeschehen informiert werden. Während der „Vorwärts“ durch die Post zugestellt wird, kommen – sofern die eMail-Anschriften bekannt sind – der CW und der RWS elektronisch. Nur, wer keine eMail-Anschrift hat, bekommt diese Informationen per Post. Sollte jemand von Euch seine eMail-Anschrift noch nicht gemeldet haben, kann er dieses nachholen und an unsere Adresse vorstand@wilmersdorf-sued.de senden. Gerne erwarten wir auch Eure Anregungen zum RWS, insbesondere dazu, was wir besser machen können.

Abschließend möchte ich auf **das SPD-Kiezfest auf dem Rüdeshheimer Platz am 20. Juni 2015** hinweisen, das zum elften Mal in Folge wieder Gelegenheit zum Feiern, Diskutieren, Informieren und Kennenlernen sozialdemokratischer Politik bietet. Wir freuen uns sehr, dass wir auch in diesem Jahr mit einer großen Anzahl Prominenter, darunter dem **Regierenden Bürgermeister Michael Müller**, rechnen dürfen, die sich bereits für das Fest angesagt haben und die sowohl an den Ständen für Gespräche als auch auf der Bühne für Fragen und Erläuterungen zur Politik in Berlin zur Verfügung stehen werden. Für die musikalische Unterhaltung konnten wir wie in den Vorjahren wieder die grandiose Big-Band der Paul-Natorp-Schule gewinnen und auch für das leibliche Wohl wird mit Grill-Stand, Kaffee, Kuchen und Getränken aller Art gesorgt sein. Ein umfassendes Unterhaltungsprogramm für Kinder rundet das Programm ab. Wir freuen uns auf Euer aller zahlreiches Erscheinen.

Herzliche Grüße
Florian Dörstelmann
Abteilungsvorsitzender

Bericht von der Mitgliederversammlung am 3. März 2015

„Flüchtlingspolitik in Berlin“, Referent: Manfred Nowak, AWO-Kreisvorsitzender Mitte

Der AWO-Kreisverband Mitte engagiert sich seit Jahren berlinweit bei der Unterbringung von Flüchtlingen in von der AWO betriebenen Einrichtungen. Manfred Nowak als ehrenamtlicher Vorsitzender des AWO-Kreisverbandes Mitte leistet dabei in bemerkenswerter Weise einen gesellschaftspolitischen Beitrag. Vor diesem Hintergrund gab er zunächst einen Überblick über die aktuelle Situation der Flüchtlinge in Berlin und prognostizierte für das Jahr 2015 allein in Berlin weitere ca. 12.000 zu erwartende Flüchtlinge, und zwar insbesondere aus Syrien und den übrigen Krisen- und Bürgerkriegsgebieten der Welt. Dies stellt Berlin, ähnlich wie die anderen großen Städte Hamburg, München, Frankfurt, Duisburg, vor große Herausforderungen sowohl in der Frage einer menschenwürdigen Unterbringung als auch in einer sachgerechten Betreuung.

Gerade in Berlin stellt sich nach den Ausführungen von Manfred Nowak die Unterbringung problematisch dar, da die gegenwärtigen Sammelunterkünfte – so auch in den Tragluft- und Schulsporthallen - lediglich als kurzfristige Notlösung angesehen werden können. Da aber wenige Bestandsgebäude vorhanden sind und genutzt werden können, müssen für die Unterbringung von Flüchtlingen Neubauten errichtet werden, diese brauchen aber Zeit. In diesem Zusammenhang bemängelte er die teilweise schlechte Informations- und Kommunikationspolitik der zuständigen Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales, die häufig die Bezirke vor große Probleme stellt und insbesondere auch wegen der fehlenden bzw. mangelhaften Informationen zu Unmutsreaktionen in der jeweiligen Wohnbevölkerung führt. Andererseits stellte er fest, dass es neben den medial dargestellten Protesten gegen Flüchtlingsunterkünfte in der Umgebung erfreulicherweise auch eine große Welle der Hilfsbereitschaft und Willkommenskultur in der Bevölkerung gibt. So kann beispielsweise die AWO auf eine hohe Zahl Ehrenamtlicher, aber auch Sachspenden zurückgreifen. Insbesondere das ehrenamtliche Engagement auf diesem Feld ist von besonderer Bedeutung.

Kritisch setzte sich Manfred Nowak mit der unterschiedlichen Qualität der Betreuung in den Einrichtungen auseinander, die je nach Träger variiert. Besonders deutlich und negativ kristallisiert sich gegenwärtig heraus, dass profitorientierte Gesellschaften in die Unterbringung von Flüchtlingen eingestiegen sind. In diesem Zusammenhang bemängelte er auch, dass die Betreuungsvergabeentscheidungen durch das Landesamt für Gesundheit und Soziales nicht immer nachvollziehbar sind.

Manfred Nowak führte sodann aus, dass eine schnelle Integration der Flüchtlinge von grundlegender Bedeutung ist. Dazu gehören Sprachkurse, die Beschulung der Kinder und Berufspraktika. Letztlich ist aber auch das gegenwärtig bestehende Verbot einer Berufsausübung kontraproduktiv, da somit die betroffenen Flüchtlinge zum Nichtstun verdammt sind und weder die Arbeitskraft, noch die Kompetenzen und Fähigkeiten der Flüchtlinge genutzt werden können.

Abschließend informierte Manfred Nowak über die Aktivitäten des SPD-Landesvorstandes, der eine entsprechende Arbeitsgruppe zu Fragen der Flüchtlings- und Asylpolitik eingerichtet hat und in die er seine vielfältigen praktischen Erfahrungen einbringen kann.

In der anschließenden sehr lebhaften Diskussion wurden u.a. die folgenden Themen angesprochen:

- In der öffentlichen Diskussion und Wahrnehmung muss sehr viel stärker als bisher verdeutlicht werden, dass die Menschen aus den Bürgerkriegs- und Krisengebieten – wie Syrien - ihr Land nicht freiwillig verlassen haben, sondern wieder zurück wollen.

- Besonders kritisch setzten sich einige Mitglieder mit dem Gedanken auseinander, die Einwanderungs- und Flüchtlingsdebatte miteinander zu verknüpfen. Die Bundesrepublik Deutschland muss sich eindeutig als Einwanderungsland bekennen und positionieren. Hieraus lässt sich aber nicht ableiten, dass alle Flüchtlinge dauerhaft in Deutschland verbleiben, zumal gerade die Fachleute, Ärzte, Lehrer, aber auch Angestellte und Handwerker nach Beendigung der Krisensituation dringend in ihren Heimatländern benötigt werden.
- Als ebenso bedeutsam für die öffentliche Diskussion und die politische Debatte sahen die Mitglieder die Differenzierung zwischen Bürgerkriegsflüchtlingen und Menschen, die im Rahmen der innereuropäischen Wanderungsbewegung aus wirtschaftlichen Gründen in Bundesrepublik kommen.

Bericht von der Mitgliederversammlung am 14. April 2015

„Familienpolitik – ein neues Schwerpunktthema der SPD (?)“ – Referentin: Staatssekretärin Sigrid Klebba, Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft

Sigrid Klebba als zuständige Staatssekretärin für Jugend und Familie gab zunächst einen groben Überblick über den Familienbegriff, der sich heute im Wandel befindet. Auch orientiert sich Familienpolitik nicht nur an den Fragen der Kindererziehung, sondern in verstärktem Maße auch an Fragen der Pflege und Betreuung älterer Angehöriger. Gleichwohl wird Familienpolitik weiterhin als Frauenpolitik verstanden, weil überwiegend Frauen betroffen sind. Auch wenn 60% junger Männer und Frauen eine gleichmäßige Aufteilung der Erziehungsarbeit im Rahmen von Beruf und Familie befürworten, gelingt dies praktisch nur 19%.

Dieses Missverhältnis gilt es nach Auffassung von Sigrid Klebba aufzulösen, insbesondere dadurch, dass staatliche Rahmenbedingungen gesetzt werden, um das Ziel einer Gleichrangigkeit der Geschlechter im Verhältnis von Beruf und Familie zu erlangen. Die wesentlichen gesetzlichen Rahmenbedingungen setzt der Bund, die Länder gestalten diese aus.

Als wesentlicher Meilenstein wird die Einführung des Elterngeldes im Jahre 2007 gesehen, das eine deutliche Verbesserung für die Eltern gebracht hat, indem sie für die Freistellung zur Kinderbetreuung 12 Monate 67% des Einkommens aus dem Jahr vor der Geburt des Kindes erhalten; bei einer Freistellung des Kindesvaters werden zusätzliche 2 Monate Erziehungsgeld gewährt.

In dieser Legislaturperiode ist nun das Elterngeld plus auf den Weg gebracht worden, das auf 1 ½ Jahre ausgedehnt wird und aber auch ein früheres Einsteigen der Eltern in den Beruf in Teilzeit ermöglichen soll. Dieses Gesetz soll im Sommer 2015 in Kraft treten, aber auch noch rückwirkend für bereits geborene Kinder gelten.

Politisch heftig diskutiert – auch in der SPD – wird die Frage Ehegattensplitting vs. Familiensplitting. Dies ist deshalb bedeutsam, weil es heute eine Vielzahl von Lebensentwürfen und Formen des gemeinsamen Zusammenlebens gibt. Nach Auffassung der SPD ist Familie dort, wo Menschen füreinander Fürsorge und Betreuung leisten, und zwar in allen Generationen.

Nach Aussage von Sigrid Klebba sind weitere wichtige familienpolitische rechtliche Rahmenbedingungen das Pflegezeitgesetz, die Regelungen zum Sorgerecht und das Unterhaltsvorschussrecht. Letzteres ist gerade für Berlin, als Stadt der Alleinerziehenden, von großer Bedeutung, zumal diese Lebenssituation häufig ein Armutsrisiko beinhaltet. Insofern enthält Familienpolitik auch Aspekte der Armutsprävention.

In diesem Zusammenhang zeigte Sigrid Klebba auf, was Berlin zur Familienpolitik an Infrastruktur besitzt bzw. aufbaut:

- Bei der Umsetzung des Rechtsanspruches auf einem Kitaplatz ab 1 Jahr sieht Berlin im Verhältnis zu den südlichen Bundesländern ganz gut aus, steht aber auch vor den Herausforderungen einer wachsenden Stadt, die nicht nur einen Zuzugssaldo, sondern auch einen positiven Geburtensaldo beinhaltet. Dies bedeutet eine kurzfristige Bereitstellung von Kita-Plätzen, aber mittelfristig auch wieder einen Mehrbedarf an Schulplätzen. Dazu gehört auch der weitere Ausbau von Ganztagschulen. Dieses umzusetzen ist angesichts des großen Sanierungsstaus und des Personalabgangs in den vergangenen Jahren äußerst schwierig. Der Senat wird daher aber im Doppelhaushalt 2016/2017 entsprechende Haushaltsmittel einstellen. Insgesamt soll der Doppelhaushalt Zuwächse von 3,1% enthalten. Aus den aktuellen Infrastrukturmitteln erhalten die Kita-Eigenbetriebe zusätzliche 10 Millionen Euro.
- In Berlin gibt es die beitragsfreie Kita für Kinder von 3 bis 6 Jahren, politisches Ziel ist es, dieses auch für die Kinder von 0 bis 3 Jahren vorzusehen.
- Berlin setzt auf Familienzentren und Mehrgenerationenzentren, insbesondere für belastete Familien, ebenso wie auf familienunterstützende Maßnahmen und Leistungen.
- In der Senatsklausur wurde die Erstellung eines Konzeptes über Maßnahmen zur Unterstützung Alleinerziehender beschlossen.
- Als weitere wichtige Maßnahme sah Sigrid Klebba die Flexibilisierung von Tagesbetreuungsangeboten an.

Abschließend kritisierte sie das Betreuungsgeld, das einem konservativen Weltbild folgt und dessen Mittel besser in die Infrastruktur einfließen sollten. Insgesamt stelle Sigrid Klebba fest, dass mit dem Wechsel von Kristina Schröder (CDU) auf Manuela Schwesig (SPD) im Ministeramt wieder ein deutlicher Schwerpunkt bei der Familienpolitik auf Bundesebene gesetzt wird und auch die SPD insgesamt auf diesem Feld punkten kann.

In der Diskussion wurden die folgenden Punkte angesprochen:

- Die Rolle der Kita als Bildungseinrichtung muss gestärkt werden, dazu gehört auch das Bündnis Familie im Bezirk
- Zwingende Notwendigkeit der Verbesserung des Betreuungsschlüssels in den Kitas und bessere Bezahlung für Erzieher/innen und Pflegekräfte
- Fehlende berufliche und wirtschaftliche Perspektive für junge Menschen, insbesondere wegen überwiegend befristeter Arbeitsverträge
- Problematik der Gewährung von Elterngeld für alleinerziehende Selbständige
- Problematik der Fachkräftegewinnung für die Aufgaben der wachsenden Stadt, wenn andererseits allein im Erziehungs- und Sozialbereich bis 2018 rund 40% der Beschäftigten altersbedingt ausscheiden. Hier müssen die Quereinsteigerprogramme mit einer berufsbegleitenden Ausbildung gestärkt werden.

Im Porträt

In dieser Rubrik stellen wir unter dem Motto: “Gesicht zeigen“ aktive Genossinnen und Genossen unserer Abteilung vor.

In dieser Ausgabe stellen wir Dennis König vor.

Dennis König wurde 1983 in Berlin Neukölln geboren, ist dort aufgewachsen und von 1996 bis 2000 zur Clay-Oberschule gegangen. Ursprünglich wollte er eine IT Ausbildung machen. Da es jedoch in jener Zeit in Berlin einen großen Lehrstellenmangel gab, hat er eine Ausbildung zum Technischen Assistenten für Medizinische Gerätetechnik absolviert und zugleich im Jahr 2004 das Fachabitur gemacht. Nach seiner Ausbildung war Dennis König im Gesundheitsbereich tätig, sah da aber keine Zukunft und begann ein Bachelorstudium der Medieninformatik an der Beuth Hochschule für Technik Berlin, das er erfolgreich abge-

schlossen hat. Im unmittelbaren Anschluss daran folgte ebenfalls an der Beuth Hochschule für Technik Berlin ein Masterstudium der Medieninformatik, das 2015 erfolgreich abgeschlossen wurde.

„Ich bin in einer sozialdemokratisch geprägten Familie groß geworden und bin seit meinem 18. Lebensjahr SPD-Wähler. So war es für mich auch selbstverständlich, nach der Bundestagswahl 2009 in die SPD einzutreten“, begründet Dennis König seine Motivation. Nachdem er 2010 nach Wilmersdorf gezogen ist, ist er in unsere Abteilung gekommen und hat sich dort auch sofort engagiert. „Ich sehe mich nicht als Straßenwahlkämpfer, sondern als jemand, der für die SPD im Internet aktiv ist“, beschreibt Dennis König seine Aktivitäten. So hat er als Internetbeauftragter der Abteilung im Jahr 2015 die Homepage der Abteilung mit Fokus auf das Thema Datenschutz neu gestaltet und sichert immer die Aktualität unseres Internetauftrittes unter <https://wilmersdorf-sued.de>. „Mein Ziel ist es, erfolgreich daran mitzuwirken, dass im kommenden Jahr die Wahlen für die SPD gut laufen und wir mit unserem Kandidaten den Wahlkreis für die SPD zurückholen können“. Bereits von 2012 hat er als Nachrücker an einer Kreisdelegiertenversammlung teilgenommen. Nach dem Ausscheiden von Katrin Hagemann ist er nun als erster Nachrücker ordentlicher Delegierter unserer Abteilung.

Seit seinem 15. Lebensjahr spielt Dennis König Schach in diversen Clubs. Auch hier leistet er ehrenamtliche Tätigkeiten, z.B. vom Webmaster bis zum Jugendwart. Seit seinem 19. Lebensjahr ist er außerdem Mitglied in diversen Fitnessstudios, zum Erhalt der körperlichen und geistigen Leistungsfähigkeit. „Dies ist für mich auch besonders wichtig, denn auch wenn ich mich als freundlichen, hilfsbereiten Menschen sehe, habe ich aber auch eine Kämpfernautur. Dies habe ich beweisen können, um die mir vom Leben in den Weg gelegten vielen Steine, wie z.B. eine Krebserkrankung vor dem Studium, erfolgreich zur Seite schieben zu können“, fasst Dennis König seine persönliche Situation zusammen.

Eure Meinung ist gefragt !

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
Eure Meinung ist gefragt. Deshalb bitten wir um Hinweise und Anregungen für künftige Inhalte, Themen und Formate für Mitgliederveranstaltungen. Was interessiert Euch? Was müssen wir verändern und welche Art von Informationen wünscht Ihr? Entspricht der RWS Euren Erwartungen?

Anregungen und Hinweise sendet bitte an vorstand@wilmersdorf-sued.de

Termine der Abteilung

Dienstag, 05.05.2015,	19:00 Uhr: 19:30 Uhr:	Abteilungsvorstand Mitgliederversammlung zu dem Thema „Aktuelles aus der Bezirkspolitik“ „Aktion Stolpersteine putzen“, (Treffpunkt: Vor Bio-Company am Rüdesheimer Platz, wer möchte, kann gerne – zusätzliche - Putzmittel mitbringen, Flugblätter erhalten alle Teilnehmer vor Ort)
Freitag, 08.05.2015,	17:00 Uhr:	Wirtschaftsfrühstück zum Thema „Zunehmender Leerstand als wachsende Bedrohung für die gewerbliche Infrastruktur“ Es diskutieren mit den Gewerbetreibenden aus dem Kiez rund um den Rüdesheimer Platz Bezirksbürger- meister Reinhard Naumann, die Abgeordneten Fran- ziska Becker und Frank Jahnke und der Abteilungs- vorsitzende Wilmersdorf Süd Florian Dörstelmann
Mittwoch, 13.05.2015,	08:00 Uhr:	Abteilungsvorstand Mitgliederversammlung zu dem Thema „Baupolitik im Land Berlin und in Charlottenburg- Wilmersdorf“ Referent: Andreas Geisel, Senator für Stadtentwick- lung, Wohnungsbau, Verkehr und Umwelt (gemeinsame Veranstaltung mit der Abteilung 96 Schmargendorf)
Dienstag, 19.05.2015,	19:30 Uhr:	Abteilungsvorstand (Vorbereitungsstand Kiezfest)
Dienstag, 02.06.2015,	19:00 Uhr: 19:30 Uhr:	Jour fixe
Dienstag, 16.06.2014,	19:00 Uhr: 19:30 Uhr:	Abteilungsvorstand (Vorbereitungsstand Kiezfest)
Samstag, 20.06.2015,	14:30 Uhr - 18:00 Uhr:	Kiezfest auf dem Rüdesheimer Platz Die elfte Auflage des beliebten SPD-Familienfests auf dem Rüdesheimer Platz mit zahlreichen Prominenten, Ständen und großem Unterhaltungsprogramm für Groß und Klein – alle Mitglieder des Kreises sind herzlich eingeladen mitzufeiern

Impressum:

SPD Landesverband Berlin
Kreis Charlottenburg-Wilmersdorf
Abteilung 97
<https://wilmersdorf-sued.de/>

Redaktion:
Florian Dörstelmann (V.i.S.d.L.P.)
Udo Rienäß